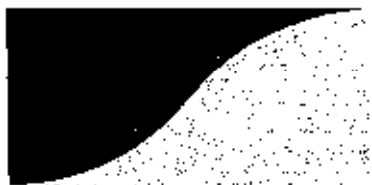


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 13

18. Januar 1984

Dr. Hermann Scheer MdB,
Obmann der Arbeitsgruppe
Abrüstung und Rüstungskon-
trolle der SPD-Bundestags-
fraktion, fordert die KVAE
auf, über die Verhinderung
eines Atomkrieges aus Ver-
sehen zu sprechen: Aufgabe
für Stockholm. Seite 1

Horst Sielaff MdB verlangt,
die Moskauer Vorschläge
zur C-Waffen-Problematik
ernstzunehmen: Abkommen
liegt im deutschen Inte-
resse. Seite 3

Klaus Lennartz MdB, Mit-
glied der Arbeitsgruppe
Energie der SPD-Bundestags-
fraktion, spricht sich für
ein zeitgemäßes Energie-
wirtschaftsgesetz aus: Re-
gierung gaukelt heile Ener-
giwelt vor. Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB,
Obmann der SPD im Verkehrs-
ausschuß des Deutschen Bun-
destages, kritisiert die
Absicht der Bundesbahn, den
Busdienst zu "verscher-
beln": Privatisierung der
Gewinne. Seite 7

Forderung an Stockholm

Die KVAE muß über die Verhinderung eines Atomkrieges
aus Versehen sprechen

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Bundestagsfraktion

Nach dem Beginn der Stockholmer KVAE-Konferenz und den vielen allgemeinen Wünschen an ihren Verlauf ist es nun nötig, sich mit den Gesprächsthemen zu beschäftigen, die in den nächsten drei Jahren im Mittelpunkt stehen sollen. Das Vorhaben, sich zunächst mit Vertrauensbildenden Maßnahmen auf dem Sektor der konventionellen Truppen in Europa zu beschäftigen (Manöverankündigungen, Manöverbeobachtungen und ähnliches) kommt nämlich angesichts der tatsächlichen Entwicklungen und Gefahren in die Nähe des Anachronismus. Solche Vertrauensbildenden Maßnahmen sollen die Gefahr von konventionellen Überraschungskriegen mindern helfen - in einer Zeit, in der durch die Stationierung von SS 20-Systemen die Vorwarnzeit bei nuklearen Waffen auf etwa 15 Minuten, durch die Stationierung der Pershing II auf etwa zehn Minuten und durch die angekündigten Kurzstreckenraketen-Stationierung in der DDR und CSSR auf etwa fünf Minuten sinkt.

Etwas zugespitzt formuliert: Europa steht unter gewissen Umständen wenige Minuten vor der Gefahr eines "Atomkrieges aus Versehen", aber auf der Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen wird über Möglichkeiten gesprochen, eine konventionelle Kriegsvorbereitung statt nach zwei Wochen schon nach einer Woche erkennen zu können.

Der sowjetische Parteichef Andropow hatte im letzten Jahr angekündigt: "Wenn die Pershing II in Westeuropa stationiert wird, überläßt Moskau wegen der kurzen Vorwarnzeit die Reaktion auf einen möglichen Angriff einem entsprechend programmierten Computer." Auch die NATO richtet

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
with minimum chlorine
and recycled paper



sich verstärkt auf die Installation automatisierter Frühwarn- und Entscheidungssysteme auf dem Sektor der nuklearen Waffen in Europa ein. Zunehmend mehr Computerfachleute in den marktüblichen Computerfachzeitschriften warnen vor einem atomaren Krieg aus Versehen und fürchten, daß ein solcher Krieg zum Beispiel durch Störungen im Bereich der Erfassung, Auswertung oder Interpretation von Primärdaten über fliegende Objekte ausgelöst werden könnte, weil in wenigen Minuten eine Überprüfung und Korrektur einer Fehlerquelle kaum noch möglich ist. Wenn in dieser Situation die Stockholmer Konferenz nur über Vertrauensbildende Maßnahmen auf dem konventionellen Truppensektor spricht, dann befindet sie sich auf einem Nebenfeld.

Gesprochen werden muß in Stockholm so schnell wie möglich - wenn schon die erste Phase auf Erörterungen Vertrauensbildender Maßnahmen beschränkt bleibt - über Vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Sektor der nuklearen Waffen in Europa zur Verhinderung eines Atomkriegs aus Versehen! Zu erinnern ist daran, daß die erste Vertrauensbildende Maßnahme überhaupt die Einrichtung des Heißen Drahts am 20. Juni 1963 zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen ersten Mann war. Am 30. September 1971 wurde diese Verbindung modernisiert, aber für Europa ist sie unter den aktuellen Bedingungen nicht anwendbar. Vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Sektor der europäischen Nuklearwaffen könnten sein: die Bekanntgabe aller Raketenstarts, die über das Hoheitsgebiet der Atomstaaten hinausgehen; die Einrichtung überlappender Radareinrichtungen; ein Informationsaustausch bei Nuklearwaffen; die Bereitschaft, auf die Entwicklung von Systemen zur Störung der Frühwarnsysteme der Gegenseite zu verzichten.

Vordringlich wäre nicht zuletzt die Einrichtung einer europäischen Satellitenagentur, mit der die Aufklärung und Verifikation euronuklearer Waffen nicht mehr allein der exklusiven Verfügungsgewalt der Supermächte überlassen bleibt. Auch ein nuklearer Ersteinsatzverzicht wäre eine vertrauensbildende Maßnahme mit großer Vordringlichkeit besonders für Europa. Wenn statt solcher vertrauensbildender Maßnahmen die Stockholmer Konferenz in den nächsten drei Jahren über Manöर्वorankündigungen redet, dann redet sie an den zentralen Problemen vorbei und leistet eher einen Beitrag zur Augenwischerei.

Wenn die Stockholmer Konferenz also über vertrauensbildende Maßnahmen redet, dann müssen es zuallererst vertrauensbildende Maßnahmen bei euronuklearen Waffen sein. Dabei wird sich dann sehr schnell zeigen, daß sich vertrauensbildende Maßnahmen gar nicht von Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen trennen lassen. Solange die Stockholmer Konferenz beides trennt, ist zu erwarten, daß sie auf der Stelle treten wird.
(-/18.1.1984/ks/rs)

+ + +



Moskauer Vorschläge ernstnehmen

Ein Abkommen gegen chemische Waffen liegt im deutschen Interesse

Von Horst Sielaff MdB

Obwohl sich weite Kreise der Bevölkerung bereits durch die vorhandenen chemischen Kampfstoffe bei den US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland bedroht fühlen und die Bundesrepublik Deutschland selbst generell auf den Einsatz von chemischen Waffen verzichten will, wehrt sich die gegenwärtige Bundesregierung nicht einmal mehr gegen die Pläne der US-Regierung und des NATO-Oberbefehlshabers Rogers, eine neue, noch gefährlichere Generation chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland zu lagern.

Es ist pures Eigeninteresse der US-Regierung, wenn ihr NATO-Oberbefehlshaber die Modernisierung der Giftgaskampfstoffe fordert, um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Soldaten besser zu schützen - wie er es nennt -, aber die schon heute bestehende Bedrohung der deutschen zivilen Bevölkerung darf nicht als zweitrangig angesehen und hintangestellt werden.

Für die Bundesregierung muß das Wohl der eigenen Bevölkerung unabdingbar im Vordergrund stehen. Und von dieser Regierung muß alles unternommen werden, um die chemischen Kampfstoffe abzubauen, statt der Zustimmung zur Modernisierung der C-Waffenbestände.

Die UdSSR machte vor wenigen Tagen den NATO-Ländern den Vorschlag, Produktion, Lagerung und Einsatz von chemischen Waffen in Europa zu verbieten; selbst US-Außenminister Shultz bezeichnete in London den sowjetischen Vorschlag über das Verbot chemischer Waffen in Europa als Schritt in die richtige Richtung.

Konkrete Äußerungen der deutschen Regierung fehlen, stattdessen fordert der Bundesaußenminister während der Stockholmer Abrüstungskonferenz, man müsse "Felder der Zusammenarbeit suchen".



Die chemische Abrüstung darf für die Bundesrepublik Deutschland nicht weiterhin Stiefkind der Abrüstungsverhandlungen bleiben, weil gerade auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und der DDR die größten Giftgasbestände lagern.

Der DGB Rheinland-Pfalz machte schon vor einiger Zeit den Vorschlag, vorab zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein Abkommen gegen die Produktion, Lagerung und den Einsatz von chemischen Waffen auf dem Boden beider deutschen Staaten zu treffen. Dieses Abkommen müßte dann von beiden Stationierungsmächten ratifiziert werden. Hier bietet sich ein "Feld der Zusammenarbeit", das der Bundesaußenminister Genscher nutzen und beackern sollte.

Allem Anschein nach will die Bundesregierung aber überhaupt keine ernsthaften Abrüstungsschritte einleiten. Falsch verstandene Bündnistreue läßt sie hinter der Zustimmung der USA zurückstecken, beziehungsweise eigene Interessen gar nicht erst vorbringen.

Man wird den Verdacht nicht los, daß auch die Verlängerung der Äußerungspflicht seitens der Bundesregierung zu den von SPD-Bundestagsabgeordneten und dem DGB-Rheinland-Pfalz eingeleiteten Organklagen wegen der Giftgasbestände bei den US-Streitkräften auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bewußt betrieben wurde, um vor Abschluß der Organklage politische Fakten zu schaffen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Nicht blumige Worte, sondern schlichte Taten sind endlich notwendig, wenn der Außenminister nicht die letzte Glaubwürdigkeit verlieren will. (-/18.1.1984/ks/rs)

+ + +



Bundesregierung gaukelt heile Energiewelt vor

Energiewirtschaftsgesetz von 1935 nicht mehr zeitgemäß

Von Klaus Lennartz MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der Methode, staatliche Vorsorge, Genehmigung und Aufsicht nicht von ihren tatsächlichen Wirkungen, sondern von wohlklingenden Absichten her zu beurteilen, stellt die Antwort der Bundesregierung eine einzige Rechtfertigung dar, um das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935 unangetastet ins nächste Jahrhundert hinüberzuretten.

Dies mag dem Interesse der Energieversorgungswirtschaft entsprechen, deren unternehmerisches Hauptziel der Absatz von Strom ist. Den drängenden Belangen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und Ressourcenschonung wird damit nicht Rechnung getragen.

Die Antwort der Bundesregierung läuft auf eine Schönfärberei der Berücksichtigung umweltpolitischer Ziele in der bisherigen Genehmigungspraxis von Energieanlagen hinaus. Hier wird eine heile Welt vorgegaukelt, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

Die Defizite des Vorkriegsgesetzes für die Energiewirtschaft sind offenkundig. Sie sind außerhalb der Bundesregierung inzwischen regierungsamtlicher Kenntnisstand, wie dem zustimmend zur Kenntnis genommenen Papier der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der Umweltministerkonferenz entnommen werden kann. Kein Wunder, daß diesem Papier der Aufenthalt in einer dunklen Schublade beschieden sein sollte, wenn es nach dem Bundeswirtschaftsministerium ginge.

Das Energiewirtschaftsgesetz enthält keine Berücksichtigung des Umweltschutzes. Die Genehmigungsbehörden haben von dorthin keine Handhabe, auf Standort, Kapazität



und Art eines Kraftwerks aus Umweltschutzgründen einzuwirken. Der Hinweis auf besondere Gesetze oder Verordnungen des Umweltschutzes täuscht über die effizienten Möglichkeiten von Genehmigungsbehörden hinweg.

Das zweite große Defizit besteht in der Ausklammerung der Fernwärme, deren Ausbau für die Sicherung unseres Steinkohlebergbaus und in Kraft-Wärme-Koppelung für die Erhöhung des Wirkungsgrades der Energieversorgung dringend erforderlich ist. Die Bundesregierung liegt falsch mit der Antwort, für Strom und Gas bestehe keine privilegierte Stellung.

Es gibt kaum einen Bereich, der soweit von der Marktwirtschaft entfernt ist, wie die Energiewirtschaft. Als Stichworte stehen die Zentralisierung zu Lasten kommunaler Versorgungsunternehmen und der industriellen Eigenproduktion, die "Gestaltung" von Tarifen auf vermarkteten Märkten, die Abschottung des Wärme-marktes gegen Kraft-Wärme-Koppelung auf Kohlebasis, die Geringschätzung neuer Techniken insbesondere zur rationellen Energieverwendung und die fortwährende Fixierung auf die Angebotsseite statt der Nachfrageseite des Energiesystems. Eigenartig, daß gerade die selbsternannten Grahshüter der Marktwirtschaft sich nicht zu mehr Markt auf dem Energiesektor durchringen können.

(-/18.1.1984/ks/rs)

+ + +



Privatisierung der Gewinne...

Die Bundesbahn will den einträglichen Busdienst "verscherbeln"

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Noch vor knapp einem Jahr war in einem Faltblatt, herausgegeben vom Pressedienst der Deutschen Bundesbahn, zu lesen: "'DB' - das heißt eben nicht nur 'Die Bahn', sondern gleichermaßen auch 'Der Bus'." Und weiter: "'Unsere Busse fahren in schwarzen Zahlen', heißt es nicht ohne Stolz im Unternehmensbereich Bahnbus im Frankfurter DB-Hochhaus. Kostendeckungsgrade um 105 Prozent erklären, warum die Bahn auf den Bus setzt, verstärkt auf ihn setzen muß. '... ein Stück Zukunft hat begonnen, die ganz im Zeichen von 'DB - Der Bus' steht: Im Geschäftsbereich Bahnbus ist eine schlagkräftige und eigenverantwortliche Organisation geschaffen worden, die den Personennahverkehr der Fläche Kundennah in den Griff nimmt - einer von 18 Geschäftsbereichen im Gesamtbereich der DB."

Ob diese optimistische positive Einschätzung des Unternehmens Deutsche Bundesbahn Wirklichkeit werden kann, steht nun in den Sternen.

Klar ist, daß die Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP nichts von dem öffentlich-rechtlichen Modell halten, welches die sozial-liberale Bundesregierung am 1. Juli 1981 mit der Überleitung des Postreisedienstes auf die Deutsche Bundesbahn beschlossen hat.

Unklar ist jedoch, wie so häufig, die Haltung des Bundesverkehrsministers Dollinger in dieser Frage. Ich will dies mit Beispielen belegen:

1. Am 10. November 1983 antwortete die Bundesregierung im Rahmen einer Kleinen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion unter anderem: "Die Bundesregierung hält eine Prüfung für erforderlich, ob die erst für 1986 vorgesehene Entscheidung über die günstigste Betriebsform für die Busdienste des Bundes vorgezogen werden kann."
2. Am 23. November 1983 erklärt sich Bundesverkehrsminister Dollinger im Kabinett mit einer Anregung von Graf Lambsdorff einverstanden, "daß zu der Frage der künftigen Organisation der Bahnbus-/Postbusdienste der Bundesverkehrsminister bis zum Frühsommer 1984 dem Kabinett einen Bericht vorlegen soll".
3. Am 30. November 1983 erklärte Bundesverkehrsminister Dollinger vor dem Verkehrsausschuß ausweislich des Protokolls dieser Sitzung: "Der Busbetrieb in der Regie der Bundesbahn und in der Regie von selbständigen privatrechtlich organisierten Unternehmenseinheiten laufe nach heutigem Kenntnisstand parallel bis 1986; danach werde eine endgültige Entscheidung über die künftige Unternehmensform getroffen werden."

Diese Unklarheiten sowie die unpräzisen Aussagen des Bundesverkehrsministers sind nichts als ein riesiges Tarnungs- und Täuschungsmanöver. Denn die Bonner Spatzen pfeifen es von den Dächern: Nach dem GdED-Bundeskongreß im Sommer 1984 soll der politische Wille der Regierungsfractionen umgesetzt werden und unabhängig von dem Ergebnis gilt nur eins: Die Busdienste werden privatisiert! Das heißt, ein wichtiger verkehrspolitischer Unternehmensbereich, in dem die Deutsche Bundesbahn "schwarze Zahlen" schreibt, wird verscherbelt. Die Privatisierung des Gewinns wird vollzogen - die ersten Klienten erhalten ihr Honorar für ihr Entgegenkommen!

(-/18.1.1984/ks/rs)

+ + +

